Die Linke

Kreisverband
Bamberg-Forchheim

Konsequent sozial –

für eine Stadt, die niemanden zurücklässt.

Kommunalwahlprogramm 2026

Die Linke

Kreisverband
Bamberg-Forchheim

Die Linke Bamberg-Forchheim
Grüner Markt 15, 96047 Bamberg
E-Mail: vorstand@die-linke-bafo.de
Website: https://www.die-linke-bafo.de/
V.i.S.d.P.: Hilal Tavsancioglu, Jan Jaegers

Inhalt

Vorwort 4

Einleitung: *„Mehr als nur ein Welterbe: Bamberg. Ein Zuhause für alle.“* **5**

Was Die Linke Bamberg will: 8

I. Ein soziales & solidarisches Bamberg 9

II. Mieten & Wohnen 10

III. Betrieb & Gewerkschaft 12

IV. Kinder & Jugend 13

V. Ökologie & Diversität 15

VI. Verkehr & Mobilität 16

VII. Gesundheit & Pflege 18

VIII. Selbstbestimmtes Leben im Alter 19

IX. Interkulturelles Zusammenleben auf Augenhöhe 20

X. Feminismus & Queer 21

XI. Inklusion 22

XII. Gastronomie 23

XIII. Kunst & Kultur 24

XIV. Finanzen 26

XV. Demokratie beginnt in Bamberg 27

XVI. Die Linke hilft! 29

Vorwort

Bild: Die Linke Kreisverband Bamberg-Forchheim

Danke für Ihr Vertrauen.

Für eine soziale, klimagerechte und solidarische Stadt.

Die Linke Bamberg.

Liebe Leser*in,

das Ihnen vorliegende Programm ist das Ergebnis von Umfragen, unzähligen Haustürgesprächen mit Bamberger*innen, Forderungen von Bamberger Vereinen und der Expertise unserer Genoss*innen.

Es ist geprägt vom Respekt vor der Würde und den Rechten aller Menschen sowie von der Überzeugung, dass solidarische Gesellschaften zusammen alles meistern können.

Niemand muss zurückgelassen werden.
Alles ist politischer Wille.

Wir wollen mit euch ein besseres Zuhause für alle schaffen.

Nutzen Sie Ihr Stimmrecht am 8. März 2026 und wählen Sie Die Linke für ein bezahlbares und soziales Bamberg!

Mehr als nur Weltkulturerbe – Bamberg. Ein Zuhause für alle.

Klassenkampf vor Ort - warum wir als Linke antreten:

Weltweit geraten Demokratien unter Druck. In Deutschland erstarken antidemokratische Kräfte und während rechts-konservative Politik die Reichen fördert, verteuert sich das Leben für den Rest. Heute erleben wieder viel mehr Menschen Ausgrenzung und Diskriminierung als noch vor wenigen Jahren. Da man Asylsuchenden, Leistungsempfänger*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund die Schuld an den Verhältnissen gibt, welche wir alle zu verantworten haben.

Zu lange haben wir eine Politik zugelassen, welche die Macht- und Geldkonzentration der Wenigen vor das Wohl aller stellte. Doch eine Stadt ist mehr als die Summe aller einzelnen Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Stadt nach unserem Verständnis ist ein Ort des gemeinschaftlichen Wirkens, einer solidarischen Bevölkerung, die zusammen ein Zuhause schafft, in dem allen geholfen wird.

Bamberg – Mehr als nur schöne alte Häuser.
Sie ist eine Stadt voller Geschichte, Kultur und Tatendrang. Sie ist aber auch unser Zuhause. Ein Zuhause für tausende von Menschen. Menschen, die ihre Zukunft in und mit Bamberg erleben wollen. Die ihre Hoffnung darin setzen, hier vor Ort ein gutes Leben verbringen zu können.
Wir möchten für und mit diesen Menschen ein Bamberg schaffen, dass allen Lebenskonzepten eine hoffnungsvolle Zukunft bietet. Das bedeutet, wir müssen den Menschen zuhören und mit ihnen gemeinsam diesen Weg gehen.

Über die letzten Jahre sprachen wir mit tausenden unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, hörten uns ihre Probleme an und schrieben ihre Forderungen auf. Nun streiten wir für die erneute Gelegenheit, Ihre Stimmen in das Rathaus zu tragen, Ihren Sorgen, Nöten und Wünschen Gehör zu verschaffen.

Ob bei Bosch & Brose mit zukunftsfähigen Werken, welche neuste Technologien erforschen, oder Kitas, in denen Kinder Spaß haben und Freude am Lernen finden, während es gleichzeitig den Fachkräften gut geht, bis hin zu einem Nahverkehr, welcher nicht nur die Schüler*innen zur Schule, sondern auch Rentnerinnen und Rentner sicher an ihr Ziel bringt. Eine Stadtgemeinschaft, die sich unterstützt statt zu spalten.

Am 8. März 2026 kandidiert die Linke erstmals für den Bamberger Stadtrat. Wir stellen uns macht- und geldgierigen, wie auch faschistischen Tendenzen entgegen und stärken sozialen, feministischen und antifaschistischen Bewegungen den Rücken. Bamberg braucht eine starke soziale Stimme, eine linke Gegenmacht in der Barbarei des 21. Jahrhunderts.

Unsere Grundsätze in gefährlichen Zeiten:

- **Klassenkampf:** *Für alle, die im Kapitalismus ausgebeutet werden.*
- **Konsequenter Antifaschismus:** *Gegen Rassismus, Queerfeindlichkeit, Antisemitismus und jede gruppen-bezogene Menschenfeindlichkeit.*
- **Transparenz:** *Gegen Korruption und politische Spielchen.*
- **Basisdemokratie:** *Für eine Stadt von allen, für alle. Mit einer Fraktion, die sich als Anwältin der Zivilgesellschaft Bambergs definiert.*

Kommunalpolitik entscheidet über unser tägliches Leben: über Wohnraum, der zur Spekulationsmasse wurde, über leere Ladenlokale, über Spielstraßen für Kinder, über Hitzeinseln im Sommer oder die Qualität unserer Schulgebäude.

Deshalb wollen wir:

- **Vergesellschaftung** statt Privatisierung
- **Öffentlichen Luxus für alle:** hochwertige Plätze, moderne Schulen, bezahlbaren Nahverkehr.
- **Eine gerechte Gesellschaft -** beginnen wir damit in Bamberg!

In Haustürgesprächen und Online-Umfragen haben wir über Monate Bamberger Anliegen gesammelt, die wesentlich zur Gestaltung des vorliegenden Programms beigetragen haben. Diese Praxis wollen wir auch nach der Wahl beibehalten und laden alle herzlich ein, mit ihren Anliegen zu uns zu kommen.

Auch über Bamberg hinaus kämpft Die Linke für bezahlbaren Wohnraum für alle: Jede Stimme für Die Linke stärkt die Forderung nach einem bundesweiten Mietendeckel. Jede Stimme für Die Linke gibt uns Rückenwind, um gegen Privatisierung und für Vergesellschaftung von Wohnraum einzutreten und dies auch über Bürgerentscheide durchzusetzen. Es ist auch in Bayern möglich, wie die erfolgreiche Kampagne in Erlangen für den Erhalt von Personalwohnungen des Klinikums im Juni 2025 gezeigt hat.

Das folgende Programm bietet einen Rahmen für die Richtung, in welche wir uns mit Bamberg bewegen wollen. Alle Entscheidungen fußen auf verantwortungsvollem Handeln und der Maxime, das Bestmögliche für die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt herausholen zu wollen. Fokus und Vorrang haben für uns immer die Absicherung der Menschen, damit alle ein sicheres und menschenwürdiges Leben führen können.

Die Linke Hilft! - Gemeinsam schaffen wir mehr:

Da die Möglichkeiten einer Stadtratsfraktion limitiert sind, wir aber nicht untätig auf die sozialistische Gesellschaft warten wollen, fangen wir selbst vor Ort an. Über das Projekt „die Linke Hilft“ beraten und unterstützen wir alle Menschen in der Region, die sich an uns wenden, direkt und unbürokratisch. Der von uns erstellte Bamberger Sozialatlas ist ein Kompendium der meisten Hilfsangebote von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Institutionen sowie den Wohlfahrtsverbänden. Unsere Genoss*innen mit Lebenserfahrung und Expertise in Verwaltung, Sozial- und Bildungswesen geben Tipps, helfen weiter und bleiben solange an der Seite der Menschen, wie sie gebraucht werden. Wir wollen eine aktive, solidarische, kritische Gemeinschaft der gegenseitigen Hilfe in Bamberg aufbauen.

Darum stärken wir „Die Linke hilft!“:

- Unser **Bamberger Sozialatlas** bündelt alle Hilfsangebote.
- Erfahrene Genoss*innen beraten unbürokratisch.
- Wir bauen eine **Community gegenseitiger Hilfe** auf.
- **Empowerment** - Hilfe zur Selbsthilfe.

Mach den ersten Schritt auf uns zu und danach gehst du nicht mehr alleine!

Bamberg darf nicht jenen überlassen werden, die ihre Profitinteressen über unsere Existenz und unsere Zukunft stellen.
Die Stadt gehört uns.

Die Linke

Kreisverband
Bamberg-Forchheim

Was Die Linke Bamberg will:

I.	Ein soziales & solidarisches Bamberg	9
II.	Mieten & Wohnen	10
III.	Betrieb & Gewerkschaft	12
IV.	Kinder & Jugend	13
V.	Ökologie & Diversität	15
VI.	Verkehr & Mobilität	16
VII.	Gesundheit & Pflege	18
VIII.	Selbstbestimmtes Leben im Alter	19
IX.	Interkulturelles Zusammenleben auf Augenhöhe	20
X.	Feminismus & Queer	21
XI.	Inklusion	22
XII.	Gastronomie	23
XIII.	Kunst & Kultur	24
XIV.	Finanzen	26
XV.	Demokratie beginnt in Bamberg	27
XVI.	Die Linke Hilft!	29

I. Ein soziales & solidarisches Bamberg

Die angespannte Haushaltslage wird von der schwarz-rot-grünen Mehrheit im Stadtrat genutzt, um einen Sparkurs voranzutreiben. Das bringt die Verwaltung an ihre Grenzen. Dabei kann eine Stadt nur schlecht funktionieren, wenn ihre solidarische Essenz zu implodieren droht.

Alle müssen in die Verantwortung gezogen werden, damit die Verwaltung und soziale Einrichtungen weiter funktionieren können und Bamberg nicht auf noch größere Probleme in der Zukunft stößt.

Wir wollen ein Bamberg, dass sich nicht an den Interessen von Spekulant*innen und großen Konzernen ausrichtet, sondern an den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen, die hier leben. Wir wollen eine soziale und solidarische Stadt, die Teilhabe für alle ermöglicht.

Das bedeutet für uns unter anderem niedrigschwelligen und bezahlbaren Zugang zu Kunst, Kultur, Sport, Bildung und Mobilität. Ein wichtiges und in vielen Kommunen erfolgreich eingesetztes Mittel dafür ist ein Sozialpass, der Menschen mit geringem Einkommen ermäßigten oder kostenfreien Zugang ermöglicht. Etwa zu Schwimmbädern, Bussen, Musikschulkursen oder Sportangeboten. Seit 2021 gibt es dank der Bamberger Linken Liste (BaLi) eine SozCard, welche aber durch Kürzungen der anderen Parteien ihren Namen kaum verdient. In Anlehnung an die Erfahrungen und Angebote anderer Kommunen, z.B. den Nürnberger Sozialpass, wird Die Linke die Bamberger SozCard zu einem echten Sozialpass weiterentwickeln.

Wir wollen ein Bamberg, in dem sich jede*r einbringen und teilhaben kann, in dem sich alle wohlfühlen können und in dem niemand durchs soziale Netz fällt.

Deshalb wollen wir:

Ein Bamberg für alle:

- keine Kürzungen im sozialen Bereich erlauben.
- freiwillige Angebote der Stadt im sozialen Bereich aufrechterhalten.
- Hürden für die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen und Hilfen systematisch abbauen.
- die Privatisierung von öffentlichen Betrieben und Einrichtungen verhindern.
- große Firmen mit Sitz oder Zweigstellen in Bamberg zur Beteiligung an sozialen Angeboten und der Schaffung von Betriebswohnungen verpflichten.
- keine Strom- und Gassperrungen mehr!
- uns für die Einrichtung einer Bahnhofsmission einsetzen.
- Armut durch verstärkte Kooperation von Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Bildungsträgern bekämpfen.
- eine Verbesserung der kontinuierlichen Überprüfung von Armut, inklusive Altersarmut, sowie bessere, regelmäßige Berichterstattung an den Stadtrat als Grundlage für weitere Unterstützungsangebote der Kommune.
- dass alle Anträge im Stadtrat vorab auf ihre Auswirkungen auf die Armutsentwicklung in Bamberg geprüft werden, ähnlich wie bei der ökologischen Prüfung.

Statt SozCard einen starken Sozialpass:

- die Ausweitung des Kreises der Berechtigten. Nicht nur Bezieher*innen von Grundsicherung und Bürgergeld und Asylbewerber*innen, sondern alle Bezieher*innen von Sozialleistungen wie beispielsweise Wohngeld oder Kinderzuschlag sollen Anspruch auf den Sozialpass haben - ähnlich wie in der Stadt Nürnberg.
- einen möglichst leichten Zugang. Alle, die Sozialleistungen über die Stadt beziehen, sollen mit dem Bescheid automatisch den Sozialpass erhalten. Bei Bezieher*innen von Leistungen der Agentur für Arbeit wollen wir nach Lösungen suchen, um einen möglichst barrierearmen Zugang zum Sozialpass zu ermöglichen.
- eine deutliche Ausweitung des Angebotes. Durch Einführung weiterer Vergünstigungen, Aufnahme neuer Leistungen und aktive Werbung für die Beteiligung privater Anbieter, z.B. Apotheken, machen wir den Sozialpass attraktiver und verbessern die Teilhabe für alle.
- die Aufnahme günstiger Mobilität in den Sozialpass. Als Sofortmaßnahme schlagen wir vor, dass der Sozialpass die Bamberger „Einkaufskarte“ (Busfahrten von Mo bis Fr ab 9 Uhr, am Wochenende ganztags) kostenlos beinhaltet. Als nächsten Schritt streben wir die Einführung eines vergünstigten Deutschlandtickets (maximal 25 €, wie in Nürnberg) für Inhaber*innen des Sozialpasses an.

Bürokratische Hürden überwinden:

- städtische Unterstützungsangebote schaffen, um es Menschen zu erleichtern, sich durch den Sozialstaat zu navigieren. Hierzu gehört die Einrichtung einer Anlaufstelle für alle städtischen Leistungen und Fördermöglichkeiten.
- Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten öffentlich bewerben. Anträge, zum Beispiel auf Wohngeld, Kitagebührenbefreiung, SozCard etc., müssen leicht auffindbar und einfach auszufüllen sein. Dies wollen wir mit der Digitalisierungsoffensive der Stadt verbinden und die Möglichkeit der digitalen Antragsstellung schaffen.

II. Mieten & Wohnen

Steigende Mieten, Wohnungsknappheit, zu wenige Sozialwohnungen, unsichere Aufenthaltsrechte, Leerstand und immer mehr Ferienwohnungen zwingen Menschen in ein Leben der Armut, der Notunterkünfte oder auf die Straße: Die Zahl der Personen in Notunterkünften in Oberfranken stieg im Jahre 2023 von zuvor 1.085 auf 1.595. Über die Jahre ist keine Besserung in Sicht. Im Gegenteil, die Zahl steigt und die Dunkelziffer ist wie so oft deutlich höher. Bamberg ist hierbei keine Ausnahme. Zumal sind die Zustände in den städtischen Notunterkünften katastrophal.

In Bamberg eine angemessene Wohnung zu finden und bezahlen zu können, grenzt inzwischen an eine Unmöglichkeit. Die Mieten fressen bei immer mehr Menschen die Hälfte des Haushaltseinkommens auf und die Schikane beim Bewerbungsprozess wird für Viele zur Belastungsprobe.

Die städtische Stadtbau GmbH – mit über 4.000 Wohnungen die größte Vermieterin unserer Stadt – fällt nach 2023 vor allem durch fragwürdige Ausgaben aus Unternehmensmitteln und Wohnungen mit hohen Mietpreisen auf. Es braucht einen Neustart der Stadtbau GmbH mit einem klaren Auftrag als faire und soziale Vermieterin!

Besonders hart trifft es auch Studierende und Auszubildende - ein Teil unserer Gesellschaft, der ohnehin stark von Armut bedroht oder betroffen ist. WG-Zimmer sind teuer, während der Leerstand bzw. die Zweckentfremdung einen traurigen Höhepunkt verfehlter Wohnraumpolitik abbildet., Für Auszubildende ist es finanziell kaum mehr möglich, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu leben.

Das müssen wir ändern! Eine Wohnung zu haben, darf kein finanzieller Luxus sein. Wir machen das Wohnen wieder zu einem Menschenrecht! Denn die Stadt sollte nicht Profitinteressen dienen, sondern den Menschen, die in ihr leben und arbeiten!

Deshalb wollen wir:

Besserungen im kommunalen Wohnungsbau:

- einen städtischen und sozial gerechten Mietenstopp für alle Wohnungen im kommunalen Besitz.
- keine Privatisierung von Wohnungen im Eigentum der Stadt bzw. ihrer Tochtergesellschaften wie der Stadtbau GmbH.
- Stattdessen soll die Stadt ihr Vorkaufsrecht nutzen, um mehr Wohnraum zu kommunalisieren und diese bezahlbar anzubieten. Wien zeigt schon heute, dass diese Lösung möglich und praktisch ist, indem die Stadt mehr als die Hälfte der Wohnungen besitzt.
- eine Konzentration der Stadtbau GmbH auf das Kerngeschäft: Ihr Engagement muss in der Bereitstellung von günstigem Wohnraum und von Sozialwohnungen erheblich ausgeweitet werden.
- dass die Mietbelastung bei der Stadtbau GmbH langfristig auf 30 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens begrenzt wird.
- den Mieter*innen in den Wohnanlagen der Stadtbau GmbH durch die Einführung von Mieter*innenbeiräten eine Mitbestimmung über ihre Wohnbedingungen ermöglichen und einen funktionierenden Mieter*innenservice mit respektvollem Umgang einrichten.
- Zwangsräumungen, die in die Wohnungslosigkeit führen, verhindern.

Wohnungen zum Wohnen, nicht für Profite:

- eine zentrale Anlaufstelle gegen Mietwucher einrichten.
- Keine weitere Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen! Wir schaffen die Voraussetzungen für eine gültige Zweckentfremdungssatzung und setzen sie juristisch durch.
- ein kommunales Leerstandsmanagement einführen: Leerstand wird erfasst und Eigentümer*innen werden beratend unterstützt, um leerstehenden Wohnraum wieder zu vermieten. Wenn Eigentümer*innen ihre Immobilien langfristig leer stehen lassen, verfallen lassen oder unternutzen, werden sie der Sozialverpflichtung des Grundgesetzes nicht gerecht. In diesen Fällen befürworten wir als letztmögliche Maßnahme Enteignungen zum Wohl der Stadtgesellschaft, wie im Grundgesetz und der Bayerischen Verfassung verankert.
- endlich ein Verschärfen der Sozialklausel im Wohnungsbau: Erhöhung des verpflichtenden Anteils vergünstigter Wohnungen bei Neubauten von 20% auf 50%, davon die Hälfte echte Sozialwohnungen; Die Sozialbindung darf nicht mehr aufgehoben werden. “Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung!”
- ein konsequentes Durchsetzen der Belegungsvorgaben für Sozialwohnungen.

Den Wohnungsmarkt sozial umgestalten:

- Förderung autonomer, dezentraler Wohnprojekte, die langfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen, z.B. durch Unterstützung von Projekten im Mietshäusersyndikat.
- Kein Verkauf städtischer Grundstücke mehr: Erbbaurecht statt Privatisierung. So entziehen wir Wohnungen und Baugrund der Spekulation, begegnen steigenden Bodenpreisen und schaffen mehr bezahlbaren Wohnraum.
- die Förderung von Mehrgenerationenhäusern
- die Unterstützung genossenschaftlicher Projekte.

- Maßnahmen gegen Verdrängung und Ghettobildung durch die Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsstellen
    - mithilfe der Gestaltung einer bunten Stadtlandschaft, beispielsweise durch mehr Sozialwohnungen in allen Stadtteilen.
    - das Ende der Möglichkeit bei mehreren Bauprojekten den vorgesehenen sozialen Wohnraum auf einen Standort zu konzentrieren, statt fair zu verteilen.
- für Menschen mit Behinderungen bezahlbaren Wohnraum in ausreichendem Maß zur Verfügung stellen.
- im Bereich des sozialen Wohnungsbaus die Einhaltung der entsprechenden Vorgaben des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes einer strengen Kontrolle unterwerfen.
- eine städtische Beschwerdestelle mit geschultem Personal zur Umsetzung der Grundsätze des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im Bereich des Wohnungsmarktes einrichten. Dies ist von enormer Bedeutung zur Bekämpfung der bestehenden Diskriminierung z.B. von FLINTA*s, Menschen mit Migrationsgeschichte, einkommensschwachen Personen, Alleinerziehenden und kinderreichen Familien.
- die Einführung einer einkommensabhängigen Zweitwohnsitzsteuer.

Wohnheime für unsere Zukunft:

- den Bau neuer Wohnheime im großen Stil, um genügend bezahlbare Wohnungen für Studierende und Auszubildende zu schaffen und den Wohnungsmarkt zu entlasten.
- Enge Kooperation mit der Uni Bamberg zur Bereitstellung ausreichender Studi-Zimmer, damit nie wieder Studierende zu Beginn ihres Studiums in Turnhallen schlafen müssen.
- Mind. 1.000 neue Plätze für Auszubildende (über die Stadtbau GmbH oder eine neue Gesellschaft).
- städtische Flächen - wie beispielsweise den alten Schlachthof - für Wohnheimsbau nutzen.

Wohnungslosigkeit ein Ende bereiten:

- das Konzept „Housing First“, wie es im finnischen Helsinki bereits erfolgreich umgesetzt wird.
- Ausbau der Sozialarbeit vor Ort sowie die Schaffung ambulant betreuter Wohnplätze.
- die Unterstützungsangebote der präventiven Wohnungslosigkeit ausbauen und Initiativen der Sozialamtsbeschäftigten unterstützen.
- das bestehende Konzept der Notunterkunft evaluieren und für die Einhaltung der menschenrechtlichen Standards vor Ort sorgen.
- eigens Schutzräumlichkeiten für FLINTA*s aufbauen.
- in enger Kooperation mit den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege geeignete Wohn- und Betreuungsformen für wohnungslose Menschen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen mit körperlichen und psychischen Einschränkungen schaffen.

III. Betrieb & Gewerkschaft

Aus dem Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft kann eine Stadt allein nicht ausbrechen. Doch sie kann sich innerhalb des Systems im Interesse der Arbeitnehmer*innen verhalten und Stück für Stück alternative und regionale Wirtschaftskreisläufe aufbauen, die parallel zu profitorientierten Märkten existieren können.

Die Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt sollte stärker von Selbstbestimmung geprägt sein und den Beschäftigten Entlastung bieten. Wir müssen auf kommunaler Ebene alles tun, um zu zeigen, dass Arbeit ausreichend entlohnt werden muss. Ein solidarischer Zusammenhalt der lohnabhängigen Beschäftigten ist entscheidend, um Ausbeutung am Arbeitsplatz zu bekämpfen und Arbeit fair zu verteilen. Nur so können wir eine solidarische Gesellschaft aufbauen, in der die Interessen der Mehrheit im Mittelpunkt stehen.

Die Stadt Bamberg ist mit der Verwaltung sowie mit ihren städtischen Unternehmen, Beteiligungen und Stiftungen eine regional bedeutende Akteurin auf dem Arbeitsmarkt. Unser Anspruch ist, dass sie als vorbildliche Arbeitgeberin handelt und sich aktiv für gute Arbeitsbedingungen einsetzt.

Bambergs Industrie ist zu einem großen Teil von der Fahrzeugindustrie abhängig. Doch in der Europäischen Union dürfen ab 1.1.2035 nur noch elektrische PKW zugelassen werden. Unsere Industrie wird sich also verändern. Darauf muss der nächste Stadtrat richtig reagieren. Die heutigen und zukünftigen Beschäftigten stehen dabei im Mittelpunkt. Wir müssen bereits jetzt Alternativen aufbauen, bevor der Stellenabbau in der Automobilindustrie großflächig beginnt. Das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen dürfen dadurch niemals schlechter, sondern besser werden.

Deshalb wollen wir:

Eine sozial gerechte Stadt als Arbeitgeberin:

Durch eine entsprechende Vergabepraxis kann die Stadt auch positiv auf die Qualität der Arbeitsplätze in der Region Einfluss nehmen.

- Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte unterstützen und mit ihnen kämpfen...
    - beim bedingungslosen Erhalt des Acht-Stunden-Tages.
    - bei der Verkürzung von Arbeitszeit (z. B. 30-Stundenwoche für Sozialarbeiter*innen und stark belastete Arbeitnehmer*innen bei vollem Lohnausgleich).
    - beim Gestalten flexibler und familienfreundlicher Arbeitsbedingungen.
    - bei der Perspektive für eine selbstbestimmte Arbeitswelt.
- Den öffentlichen Sektor grundsätzlich ausbauen. Dies ermöglicht zusätzlich mehr Einfluss auf die Arbeitsbedingungen bei privaten Arbeitgeber*innen, da attraktive öffentliche Jobs Konkurrenz erzeugen.
- dass die Stadt als Arbeitgeberin bei all ihren Arbeitsverhältnissen eine Vorbildfunktion einnimmt. Sexistische und unsachgemäße Anstellungsverhältnisse innerhalb der Stadt Bamberg werden von uns geahndet.
- dass betriebsbedingte Kündigungen in allen städtischen Betrieben und im öffentlichen Dienst ausgeschlossen werden.
- Langzeiterwerbslose in den öffentlichen Dienst oder in städtische Betriebe integrieren.
- dass in Betrieben selbst ausgebildet wird und eine verbindliche Quote für Ausbildungsplätze und/oder Duale Studienplätze eingeführt wird.
- die Zusammenarbeit der Betriebe mit den Bamberger Schulen und Hochschulen ausgebaut wird.
- eine personelle Entlastung der Stadtverwaltung in vielen Bereichen. Hier gilt es die durch die Verwaltung angezeigten Unterbesetzungen auszugleichen. Anstatt eines rigiden Einstellungsstopp muss eine bedarfsgerechte Überprüfung erfolgen, die den Menschen in dieser Stadt zeitnahe Termine ermöglicht und die Beschäftigten entlastet.
- dass Sicherheits- und Reinigungsdienstleister, die ihre Arbeit in öffentlichen Einrichtungen erbringen, in städtischer Hand sind.
- flexible und selbstbestimmte Renteneintrittsmodelle aus Perspektive der Beschäftigten einführen, ohne Erhöhung des Renteneintrittalters oder weiterer finanzieller Einbußen.
- Schulungen für Beschäftigte der städtischen Ämter und des Jobcenters für einen respektvollen Umgang mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.
- dass Aufträge der öffentlichen Hand ausschließlich an Firmen vergeben werden, die tarifgebunden sind und den städtischen, sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen.
- den Einsatz der Stadt für die Einführung eines bayerischen Tariftreue- und Vergabegesetzes, z.B. über Lobbyarbeit im bayerischen Städte- und Gemeindetag.
- durch anonymisierte Bewerbungsverfahren auf Stellen bei der Stadt und in städtischen Unternehmen Chancengleichheit gewährleisten.

Eine verantwortungsvolle Industriepolitik:

- Aktive Industriepolitik – neue Industrie muss nach Bamberg geholt werden.
- Diversifizierung der Industrie und des Arbeitsmarkts in Bamberg.
- durch Investitionen in zukunftsfähige Betriebe Arbeitsplatzverluste kompensieren und die Gewerkschaften bei der Transformation und dem Kampf gegen Werksschließungen unterstützen.
- nachhaltigen Umbau bestehender Industrie unterstützen und vorantreiben, statt bremsen und aufschieben - Keine Verlängerung der Verbrennungsmotor-Produktion stattdessen Ansiedlung neuer, grüner Industrien in Bamberg.
- Nutzung bereits versiegelter Flächen für neue Industrien

Unsere städtische Wirtschaft solidarisch stärken:

- keine einseitige Bevorzugung von StartUps der Digitalbranche, sondern Förderung einer breit aufgestellten, zukunftsfähigen Wirtschaftslandschaft.
- mehr Branchen in Bamberg ansiedeln, insbesondere auch diejenigen, die zu den Absolvent*innen der Universität Bamberg mit ihren Schwerpunkten Geistes- und Kulturwissenschaften, Humanwissenschaften, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Wirtschaftsinformatik passen.
- Anreize schaffen, um Betriebe zu gründen, in denen sich die Mitarbeitenden demokratisch selbst verwalten. Wir wollen sowohl genossenschaftliche, als auch gemeinnützig arbeitende Betriebe in Bamberg ausbauen. Ein städtischer Fördertopf sowie zinsfreie Kredite sind zwei Optionen, um das zu erreichen.
- In der Wirtschaftsförderung die Stimmen der Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen stärken, insbesondere in neuen Gremien wie dem Wirtschaftsbeirat.
- keine verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage und Nachtöffnungen zulassen, damit die Beschäftigten im Einzelhandel vor zusätzlichen belastenden und gesundheitsschädlichen Arbeitszeiten geschützt bleiben. Gerade im Einzelhandel werden viele Überstunden geleistet – verkaufsoffene Sonntage und verkaufsoffene Nächte belasten Arbeitnehmer*innen oft noch mehr. Wir werden von der Möglichkeit dieser Ausnahmegenehmigung daher keinen Gebrauch machen und lehnen diese für Bamberg ab. Der Sonntag gehört den Arbeiter*innen und ihren Familien!

IV. Kinder & Jugend

Eine Stadt für alle ist auch eine Stadt für die Kleinsten und Jüngsten. Wir wollen ein Bamberg, das konsequent kinder- und jugendfreundlich ist und die Interessen und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien bei allen Entscheidungen miteinbezieht. Wir wollen eine Stadt mit Raum und Möglichkeiten zum Spielen und Lernen für alle Kinder, mit bedarfsgerechter Unterstützung und Beratung für alle Familien. Eine Stadt, in der kein Kind hungrig lernen muss und in der die Interessen aller Familien Gehör finden.

Daher wollen wir insbesondere Familien mit kleinem Geldbeutel und Alleinerziehende besonders unterstützen. Kein Kind sollte schlechtere Chancen aufgrund der finanziellen Situation der Eltern haben. In kaum einem anderen Land hängen die Lebenschancen von Kindern so stark an dem Elternhaus wie in Deutschland. Wir halten das für undemokratisch und wollen allen Kindern gleiche Ausgangsbedingungen bieten. Deshalb müssen wir von der Frühförderung, über die Schulzeit bis zur Ausbildung oder Studium, unfaire Verhältnisse als Gesellschaft ausgleichen.

Für die Zukunft der Stadt ist eine gute Bildungspolitik unerlässlich. Kinder und Jugendliche müssen sich entfalten können und Solidarität erfahren. So können sie diese auch später in ihrem Leben weitergeben. Eine individuelle, an die Bedürfnisse angepasste Bildung ist dafür der beste Weg. Ohne überstrapazierte und überarbeitete Pädagog*innen und mit ausreichend Freiheiten sowie Möglichkeiten, sich zu entfalten. Ohne Leistungsdruck, Konkurrenzkampf und Angst davor, das Klassenziel oder Erwartungen nicht zu erreichen.

Schulen müssen die Laboratorien der Zukunft sein. Orte, an denen Kinder und Jugendliche unter bestmöglichen Bedingungen für das Leben lernen, ihre Interessen entfalten und gemeinschaftlich gestalten können. Aber auch KiTas, Krippen und Kindergärten zählen zu dieser wichtigen Bildungsaufgabe. Als Orte der frühkindlichen Bildung und Förderung sind sie eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe und müssen allen, unabhängig vom Geldbeutel, offenstehen.

Gerade weil Kinder und Jugendliche unsere Zukunft darstellen, ist es von enormer Bedeutung, ihnen endlich zuzuhören. Eine Politik, die über die jüngeren Generationen redet, statt mit ihnen, ist keine Politik, der wir angehören möchten. Wir wollen, dass in Bamberg die kommenden Generationen aktiv teilhaben können und ihre Perspektiven respektiert und beachtet werden. Deshalb wollen wir mehr Räume für junge Menschen, mehr Unterstützung und Beratung, mehr Mitbestimmung für Jugendliche in der Stadt - insbesondere bei Themen, die sie direkt betreffen.

Deshalb wollen wir:

Für unsere Kinder:

- schöne Spielplätze mit guter Ausstattung (Spielgeräte, Schatten, Toiletten) in ausreichender Zahl in allen Bamberger Stadtteilen.
- wohnortnahe und kostenfreie Lern- und Spielangebote für Kinder und Jugendliche.
- Kostenfreies Mittagessen für jedes Kind in Kitas und Schulen
- ein flächendeckendes Angebot an vielfältigen, auch konfessionell ungebundenen Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Eltern und Familien.
- die Stärkung des Familienbeirats als Möglichkeit von Verbänden und Bamberger Bürger*innen Einfluss auf die Bamberger Familienpolitik zu nehmen. Die Möglichkeit der Mitarbeit darin muss bekannter gemacht werden, die Auswahl der Mitglieder muss demokratischer werden.
- arbeits- und wohnortnahe, kostenfreie Kindertagesbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten und familienfreundlichen Betreuungszeiten für alle. Andere Gemeinden, wie z.B. Buttenheim, haben das zumindest schon bei den Gebühren für Kinder ab 3 Jahren geschafft:
    - ein sofortiges Einfrieren der KiTa-Gebühren. Alle durch steigende Kosten verursachten Mehraufwände trägt die Stadt. Mittelfristig wollen wir die Möglichkeiten einer sozial verträglichen Staffelung der Gebühren prüfen, aber grundsätzlich die KiTa-Gebühren in Bamberg abschaffen.
    - ein Einsetzen der Stadt für eine bessere finanzielle Förderung durch das Land.
    - eine volle Kostenübernahme für die Pflege der Grünanlagen durch die Stadt.
    - ein Einsetzen der Stadt für den Ausgleich der gestiegenen Personalkosten für unterstützende Kräfte für Kinder mit Förderbedarf.
    - eine transparentere Kommunikation von Seiten der Stadt für finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Eltern und damit verbunden der Abbau von Hürden.
- den Ausbau von KiTaplätzen, v.a. in wachsenden Stadtteilen. Dies geschieht verstärkt über stadteigene KiTas, auch um ein flächendeckendes Angebot an nicht konfessionell gebundenen Kitas zu schaffen.
- Gute Arbeitsbedingungen – Fachkräftelücke schließen. Die Stadt sorgt gemeinsam mit den Trägern für Verbesserungen bei Bedingungen und Gehältern, Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung.
- ein breites Bildungsangebot, z.B. durch die städtische Musikschule, flächendeckend in allen Kitas und mit Unterstützung für finanziell schwache Familien.

Für unsere Schüler*innen:

- die Sanierung der Schulen als Vorrang bei allen kommunalen Gebäudesanierungen.
- den Aufbau einer pädagogisch hochwertigen, abwechslungsreichen, bedarfsgerechten Ganztagsbetreuung an allen Schulen.
- gut ausgestattete Schulsozialarbeit und psychologische Angebote an allen Schulen. Diese Angebote sind ein wichtiger Baustein, um allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Unterstützung und Hilfe zu ermöglichen.
- verstärkte Fortbildungen für Lehrpersonal und Schulsozialarbeit zu queeren Themen, Rassismus, Sexismus und Diversität.
- Mehr demokratische Mitbestimmung an Schulen: Mehr Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für SMVs.
- die Umsetzung der Lehrmittelfreiheit für alle Schüler*innen.
- gut ausgestattete, intakte, kinderfreundlich gestaltete Schulgebäude und Schulsportanlagen, optimale Ausstattung für alle Schüler*innen und gute Betreuung sowie Unterstützung über den Fachunterricht hinaus.
- Eine bessere Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Dafür muss eine gute Ausstattung der Schulen und Schulhäuser vorhanden sein, um eine Grundlage für die „Schule für alle“ zu schaffen. Wir werden hierfür eng mit dem Behindertenbeirat zusammenarbeiten.
- wahre antirassistische Bildungsarbeit in Schulen in Kooperation mit von Rassismus betroffenen Personen. Die Plakette „Schule gegen Rassismus, Schule mit Courage“ alleine ist nicht ausreichend.

Die Jugend ins Zentrum – nicht an den Stadtrand:

- den Erhalt und Ausbau von dezentralen Jugendzentren in allen Stadtteilen in Kooperation mit Jugendlichen.
- mehr Angebote der Jugendsozialarbeit, insbesondere der aufsuchenden Sozialarbeit.
- gute und bezahlbare Betreuungs- und Bildungsangebote während der Schulferien und ausreichende KiTa-Schließtagen.

- mehr echte Mitbestimmungsmöglichkeiten. Regelmäßige offene Kinder- und Jugendversammlungen in den Stadtteilen können dabei ebenso ein Element sein wie ein Jugendparlament.
- das Fördern von selbstverwalteten Jugendprojekten.
- mehr feministische Bildung in der Jugendarbeit.
- Freiräume statt Verdrängung. Wir schaffen Orte, an denen sich junge Menschen draußen und drinnen selbstbestimmt und ohne Konsumzwang treffen können.
- die Stärkung und den Ausbau des Bildungsbüros Bamberg.
- die Finanzierung der Einrichtungen und Maßnahmen der Kinder- & Jugendhilfe sicherstellen und nicht an einzelne Projekte koppeln.
- suchtpräventions- und Beratungsmaßnahmen für Kinder- und Jugendliche dauerhaft sichern.
- Wohnraum für die junge Generation bereitstellen (städtische Jugendwohnungen), damit kein junger Mensch aus einer Maßnahme in die Obdachlosigkeit entlassen wird.
- Psychatrieplätze und therapeutische Behandlungsplätze ausbauen.
- die Tagesjobs für Obdachlose unterstützen.

V. Ökologie & Diversität

Europa hat sich bereits um mehr als 1,5 Grad erwärmt. Wir spüren die Auswirkungen des Klimawandels jeden Sommer in Bamberg. Der Anstieg der Temperaturen, der Verlust der Biodiversität und vermehrte Dürreperioden werden in den nächsten Jahren das Leben in der Stadt erheblich weiter erschweren, wenn wir keine Gegenmaßnahmen ergreifen. Insbesondere ältere Menschen oder Kleinkinder leiden stark unter den Bedingungen, wenn wir nichts unternehmen. Bei jeder Entscheidung priorisieren wir daher die Anpassung an den Klimawandel. Bamberg muss schnellstmöglich klimaneutral werden.

Neben dem Klimaschutz muss die Klimaanpassung jetzt ganz weit oben auf der Tagesordnung stehen. Wir müssen Grün- und Erholungsflächen ausbauen, Schutzgebiete für Insekten und andere Tiergruppen schaffen und die Trinkwasserversorgung garantieren. Bamberg muss sich jetzt auf die klimatischen Veränderungen der nächsten Jahrzehnte vorbereiten. Bamberg muss lebenswert bleiben – für alle!

Um (Trink-)Wasser zu sparen, ohne Privathaushalte zusätzlich durch Auflagen zu belasten, muss Bamberg eine „Schwammstadt“ werden. Eine Stadt, die möglichst viel Regenwasser sammelt, um es später verwenden zu können. Dieser Umbau gelingt aber nur, wenn öffentliche Flächen zügig nachgerüstet werden und Bauherr*innen gut informiert sind. Unsere „Schwammstadt“ ist sozial gerecht und sorgt dafür, dass die Kosten für Bewässerung reduziert werden.

Deshalb wollen wir:

Anpassung, jetzt!

- Ausbau der Förderung begrünter Fassaden und Dächer – Fördertopf beibehalten und städtische Gebäude nachrüsten.
- Kaltluftschneisen und Schutzflächen ausbauen – keine Bebauung von MUNA und Südflur.
- Maximal fünf Minuten zu Fuß zum nächsten Trinkwasserbrunnen – im ganzen Stadtgebiet.
- Entsiegelung der Stadt, insbesondere bei dichter Bebauung: Mehr Bäume, mehr Grünstreifen, mehr Schattenflächen.
- heimische Pflanzen- und Tierarten mit Hilfe von Blumenkästen und Grünflächen fördern.Sonnensegel für öffentliche Plätze, Spielplätze und überhitzte Straßen noch 2026 umsetzen.
- Sprühduschen an öffentlichen und zentralen Plätzen.
- Dauerhaft und kostenfrei zugängliche, klimatisierte Räume ohne Konsumzwang in jedem Stadtteil.

Die Schwammstadt Bamberg:

- die Entsiegelung von Stein-, Teer- und Betonflächen im öffentlichen Raum.
- Wasserdurchlässige Pflastersteine, z.B. Splittfugen.
- die Umleitung von Regenwasser in Wasserspeicher, die zur Bewässerung städtischer Flächen genutzt werden können.
- die Verwendung von Mulden-Rigolen-Elemente.
- Entwässerungsmulden an Straßenrändern, anstelle der heutigen, oft zu kleinen Abflussrinnen.

Eine Kreislaufwirtschaft:

- nachhaltige Beschaffung in Stadtverwaltung und städtischen Betrieben zum Standard machen.
- die Erarbeitung von verbindlichen, städtischen Richtlinien für zirkuläres Bauen, die auf alle Bauvorhaben angewendet werden.
- ein zentrales Verzeichnis und die Vernetzung der Bamberger Kreislaufkaufhäuser, Reparaturstellen, Gebrauchtwarenhäuser und Second-Hand-Läden.
- mehr Mülleimer aufstellen.
- bei den städtischen Ausschreibungen Unternehmen, die sich der Kreislaufwirtschaft glaubhaft verschrieben haben, bevorzugen.
- einen Fördertopf für kleine gastronomische Betriebe in Bamberg auflegen, um eigenes Mehrweggeschirr auf Pfandbasis (wie z.B. Recup) anzuschaffen. Solange die Verpackungssteuer in Bayern verboten bleibt, ist das eine sinnige Maßnahme, den Müll durch Einweggeschirr und -becher einzudämmen.

VI. Verkehr & Mobilität

In einer solidarischen Stadt muss Mobilität für alle gewährleistet sein – barrierefrei, bezahlbar und sicher.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Bamberg ist schon lange nicht mehr auf die Bedürfnisse unserer Stadt ausgelegt. Im Ballungsraum Bamberg leben rund 80.000 Menschen, darunter etwa 11.000 Studierende, viele Arbeitnehmer*innen, Schüler*innen und Menschen, die barrierearme Verkehrswege brauchen. Wir wollen Buslinien schaffen, die sich am Alltag der Bamberger*innen orientieren – v.a. derer, die auf Busse angewiesen sind, weil sie beispielsweise keinen Führerschein haben oder barrierearme Wege fehlen. Wir wollen, dass unser ÖPNV kostengünstig, aber stets komfortabel in seiner Ausstattung ist. Wir möchten öffentlichen Luxus auf Rädern schaffen.

Es ist an der Zeit, aus dieser um das Auto zentrierten Logik auszubrechen. Ein guter und ausgebauter ÖPNV bei gleichzeitig massiver Reduzierung der PKW-Nutzung ist eine wichtige Bedingung für eine inklusive Mobilität und eine lebenswerte Stadt.

Deshalb wollen wir:

Kostenfreie und sozial gerechte Mobilität:

- die kostenfreie Mitfahrt in der Innenstadt sowie rund um den Bahnhof ermöglichen.
- das Sozialticket stärken (s. Sozialpass) und in diesem Rahmen ein stark vergünstigtes Deutschlandticket in Bamberg anbieten.
- für Kinder und Jugendliche die Fahrt in allen Bamberger Bussen kostenfrei gestalten.
- alle Busse vollständig elektrifizieren.
- barrierefreien Einstieg an jeder Haltestelle und in jedem Linienbus möglich machen.
- Busse mit funktionierenden, digitalen Anzeigen, Live-Standort des Busses sowie Abfahrtszeiten in Echtzeit und flächendeckendem W-LAN ausstatten.
- die Förderung von Carsharing-Angeboten.

Ein dezentrales Busnetz und Expresslinien in den Landkreis:

- den ZOB zur Durchgangshaltestelle „Stadtmitte“ ändern. Wir setzen uns für durchgängige Linien ein, die nicht mehr am ZOB enden.
- dass die Busse aus dem Westen zum Bahnhof und in den Osten der Stadt weiterfahren.
- umsteigefreie Verbindungen zum Bahnhof für die Stadtteile Gaustadt, Wunderburg, Gereuth, Hain sowie Bamberg Nord.
- eine bessere Anbindung des Berggebietes im Busverkehr. Insbesondere die Anbindung an Schulen und Läden des alltäglichen Bedarfes werden wir verbessern.
- eine Ringlinie, die Querverbindungen zwischen den Stadtteilen schafft. Diese soll Gaustadt, die Ottokirche, den Osten, die Gartenstadt, den Südosten, die Wunderburg, den Südwesten sowie das Klinikum miteinander verbinden und mindestens alle 15 Minuten fahren.
- eine regionale Busstation am Bahnhof, mit Expresslinien in den Landkreis. Expresslinien sollen die Landkreisgemeinden ohne Umwege anbinden und an Umsteigepunkten in der Stadt halten – vergleichbar mit einer S-Bahn auf der Straße. In Stoßzeiten soll der Takt so in der Stadt verdichtet werden, damit Pendler*innen öfter Sitzmöglichkeiten im Bus erhalten. Ähnliche Konzepte gibt es mit „Busplus“ in Sachsen-Anhalt oder in Baden-Württemberg.

Besseren Abend- und Nachtverkehr:

- eine dringende Verstärkung der Abend- und Nachtlinien. Alle Stadtteile müssen auch nach Einbruch der Dunkelheit regelmäßig mit der Stadtmitte sowie dem Bahnhof verbunden sein. Die Fahrpläne sollen zudem auf die Nacht-S-Bahn nach Nürnberg abgestimmt werden.

- Großbetriebe wie die Sozialstiftung oder Bosch müssen gerade zu den Schichtwechseln gut angebunden sein. Wir wollen in Kooperation zwischen Stadtwerke, dem künftigen Wirtschaftsbeirat und den Betrieben eine bessere Anbindung für die Beschäftigten schaffen, die über Rufbusse hinausgeht.

Freizeitlinien und saisonale Busse:

- Freizeiteinrichtungen und -plätze besser an das Busnetz anbinden.
    - Im Sommer sollen die Bamberger Bäder besser angebunden sein.
    - eine bessere Anbindung des Domplatzes am Sonntagmorgen, um dort, statt Parkplätzen, mehr Platz für Begrünung und Laufwege zu schaffen.
    - Im Landkreis Linien in den Steigerwald, in die Fränkische Schweiz sowie zu Badestellen ausbauen.
    - dass Tourist*innen ihr Auto stehenlassen und sich in Bamberg bestenfalls ausschließlich mit dem Bus fortbewegen können.

Ein intelligentes und beruhigtes Straßennetz:

- flexible Busspuren schaffen. Von diesem, seit 2014 für Kommunen möglichen, Recht wollen wir Gebrauch machen und es Bussen an mehr Kreuzungen ermöglichen, am Verkehr vorbeizufahren. Vor allem im Welterbegebiet ist hier Potential.

- graduell eine Auto-arme Stadt nach Pariser Modell über vermehrte Tempo-30-Zonen erschaffen und die Mobilitätsplanung an marginalisierten Gruppen und nicht am Auto ausrichten.

- dass auf den Ringstraßen 50 km/h gelten soll.

- Smarte Ampelschaltungen für grüne Wellen, die Bussen Vorfahrt geben, gefolgt vom Rad- und Fußverkehr.

- eine Verlängerung von Grünphasen für Fußgänger*innen und die Einführung von Rufknöpfen für Fuß- und Radverkehr.

Einen Bahnausbau ohne Mauern:

- den S-Bahn-Halt in der Gereuth, barrierefrei mit Busanbindung zügig bauen.

- uns für den Erhalt des stündlichen ICE-Verkehrs nach Berlin und München einsetzen

- für die Schaffung einer Fernverkehrsanbindung nach Frankfurt am Main über Schweinfurt einstehen

- Die Bahnunterführung Zollnerstraße lediglich für Busse, Fahrräder, und Fußgänger*innen zugänglich machen.

- ein Verschmälern von parallel zu den Gleisen verlaufenden Straßen, um Bäume als natürlichen Lärmschutz zu nutzen , womöglich mit Versetzung bestehender Bäume.

- Niedrigere Lärmschutzwände, um Sichtbeziehungen zu erhalten

- Das Prüfen des Baus einer Straßenbahn in Stadt und Landkreis Bamberg, um den Druck auf die Stadt zu reduzieren und sie besser mit dem Umland zu verbinden. Straßenbahnen in kleineren Städten wie Jena oder Cottbus und die in Planung befindliche Stadt-Umland-Bahn Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach zeigen, dass dies möglich und umsetzbar ist. Eine Bamberg Stadt-Umland-Bahn kann ein wichtiger Beitrag zur Verkehrswende sein, zur nachhaltigen Mobilität für alle und zur besseren Vernetzung der Region. In die Planungen sollen auch die ehemals bestehenden Eisenbahnstrecken nach Scheßlitz, Ebrach und Schlüsselfeld miteinbezogen werden.

Ein Auto-Zirkulationsplan für ein autoarmes Welterbe:

- ein beinahe PKW-freies Welterbe sowie verkehrsberuhigte Bereiche in allen Stadtteilen ermöglichen, ohne die Mobilität der Bürger*innen einzuschränken. Im Mittelpunkt steht die Sicherheit von Kindern, Senior*innen und mobilitätseingeschränkten Personen.

- kostenfreies Parken außerhalb des autoarmen Bereichs sicherstellen. Innerhalb des autoarmen Bereichs soll nur Lieferverkehr und Kurzzeitparken möglich sein. Parkplätze, wie z.B. die P&R-Parkräume, sollen mit günstigen Leihfahrrädern ausgestattet werden. Wir werden Fahrradtaxis in Bamberg etablieren, um die Innenstadt weiterhin barrierearm zugänglich zu machen.

- im autoarmen Bereich langsam fahrende, elektrische Kleinbusse einsetzen, insbesondere um die Arztpraxen anzubinden. Bereits 2020/21 wurde mit einem Innenstadt-Ring experimentiert, dieser wird weiterentwickelt und mit den P&R-Buslinien verknüpft.

- Handwerker*innen und Lieferverkehr bei Bedarf die Möglichkeit geben, direkt zu ihren Einsatz- und Lieferorten vorzufahren. Dafür soll es spezielle Zeitkorridore und Absprachen geben, damit die Straßen nicht verstopft werden.

Eine Stadt für Fußgänger*innen:

- 30 km/h im ganzen Stadtgebiet und 50 km/h auf den Ringstraßen.
- In Wohngebieten vorwiegend verkehrsberuhigte Zonen.
- Baulich umgesetzte „Zebrastreifen“ auf Höhe der Gehsteige.
- Bodenschwellen im 30 km/h-Gebiet mit Ausweichmöglichkeit für den Radverkehr.
- Beleuchtete Laufwege – tiergerecht und mit reduzierter Lichtverschmutzung.
- ein zusammenhängendes, gut beleuchtetes Fuß- und Radwegenetz auch in den Landkreis hinaus, z.B. auf der Strecke Gaustadt-Bischberg.
- breitere Fußgänger*innenwege für Familien mit Kinderwagen sowie Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen etc.
- keine Parkzonen für E-Scooter auf Füßgänger*innenwegen, um mehr Mobilität zu ermöglichen.
- das Konzept „Shared Spaces“ mit enger Abstimmung mit den Verbänden von Menschen mit Behinderung umsetzen. Der barrierearme Umbau sowie die Sicherheit aller Verkehsteilnehmer*innen hat bei der Umsetzung unsere höchste Priorität.

Die Fahrradstadt Bamberg:

- Sichere Fahrradwege und überdachte Fahrradstellplätze in allen Stadtteilen, insbesondere studentisch geprägten Vierteln.
- im ADFC-Fahrradklima mit mindestens 2,0 abschneiden und damit zur fahrradfreundlichsten Stadt Deutschlands werden.
- Alle Kreuzungen in Bamberg zu geschützten Kreuzungen nach niederländischem Modell umbauen lassen. Ampeln sollen intelligent auf Bus- und Radverkehr abgestimmt werden.
- einen schrittweisen Abbau von Radwegen auf Gehsteighöhe.
- Fahrradstraßen dort, wo es machbar ist – ggf. „Anlieger*innen frei“.
- Mehr Piktogramme und Schilder für Radfahrer*innen zur Orientierung, insbesondere flächendeckende Warnungen für Geisterradler*innen.
- Sämtliche gelben Linienführungen zur Erprobung von Radstreifen abschaffen, in Zukunft direkte Umgestaltung von Kreuzungen.

VII. Gesundheit & Pflege

Eine solidarische Gesundheitsversorgung ist ein Grundrecht– unabhängig von Einkommen, Herkunft, Geschlecht, Alter oder Aufenthaltsstatus. Die Linke Bamberg setzt sich für eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Gesundheits- und Pflegepolitik ein, in welcher der Mensch im Mittelpunkt steht – nicht Profite.

Bamberg hat eine lange Tradition als ein Ort medizinischen Fortschritts, eng verknüpft mit dem bereits 1789 eröffneten, allen offenstehenden Krankenhaus — damals eines der modernsten in Europa. In Anknüpfung an diese Tradition wollen wir, dass Bamberg eine Stadt wird, in der allen Menschen die bestmögliche medizinische Versorgung zukommt, ambulant und stationär. Eine umfassende und zuverlässige Versorgung älterer Menschen und Pflegebedürftiger ist eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Dabei legen wir großen Wert auf Würde, Selbstbestimmung und Lebensqualität. Zu einer guten Pflege und Gesundheitsversorgung gehören für uns aber genauso gute Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen. Die Arbeit in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist unverzichtbar, herausfordernd und anstrengend. Deshalb brauchen die Menschen, die hier arbeiten, nicht nur Anerkennung, sondern auch gute Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Deshalb wollen wir:

- die Sozialstiftung mit aller Kraft als zentrale städtische Institution stärken und ausbauen und dort die Arbeitsbedingungen zusammen mit den Gewerkschaften und Personalrät*innen stetig verbessern:
    - ausgegliederte Bereiche in den Krankenhausbetrieb rückführen und weitere Ausgliederungen verhindern sowie ein einheitliches Tarifgefüge für alle Arbeitnehmer*innen der Sozialstiftung gewährleisten.
    - die betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen und altersgerechtes Arbeiten fördern.
    - die Ausbildungsplätze, duale Studienplätze und Studienplätze in allen Gesundheitsberufen aufstocken, die Qualität verbessern und die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben mit geeigneten Maßnahmen überwachen.
    - die Notfallversorgung sichern - bessere Verfügbarkeit und Pünktlichkeit von Krankenwagen am Notfallort.

    - antirassistische Sensibilisierung aller medizinischen Angestellten zur Eindämmung der Diskriminierung von Patient*innen und Kolleg*innen.

- die Einführung von geschlechtersensiblen Untersuchungen, Diagnosen und Therapien fördern – für FLINTA*s und Männer gleichermaßen.

- uns für einen Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze einsetzen.

- die Altenpflege bedarfsgerecht ausbauen - mit gemeinnützigen Trägern. Gebühren für Pflegeplätze müssen reduziert werden.

- uns lautstark für eine Verbesserung der Versorgung mit gynäkologischen Praxen einsetzen.

- Beratungs- und Therapieangebote für Long Covid- und ME/CFS- Patient*innen schaffen.

- diskriminierungsfreie Schwangerschaftsabbrüche in Bamberg sichern.

- ein zentrales Portal für Wochenenddienste von Arztpraxen schaffen, um die 116 117 zu entlasten.

VIII. Selbstbestimmtes Leben im Alter

Unsere Gesellschaft wird immer älter und umso wichtiger wird es, die Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen mit einzubeziehen. Ältere Menschen und Rentner*innen sollen in Bamberg sicher leben, am öffentlichen Leben teilhaben und die Stadt mitgestalten können, unabhängig vom Geldbeutel. Beratungsangebote und Pflegeleistungen müssen niedrigschwellig, wohnortnah und für alle bezahlbar sein, damit niemand im Alter oder bei Pflegebedarf allein gelassen wird.Nur eine Stadt, die alle Generationen ernst- und mitnimmt, kann eine soziale und solidarische Stadt sein.

Deshalb wollen wir:

- Angebote für Teilhabe und Mitgestaltung, etwa über die Stadtteil- und Quartiersbüros fortführen und ausbauen.

- die Digitalisierungsangebote für Senior*innen und Unterstützungen zur Steigerung der digitalen Kompetenzen ausbauen. Insbesondere wollen wir hierfür die Quartierbüros stärken.

- gezielte Maßnahmen ergreifen, um ärmeren und/oder einsamen (älteren) Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Angebote wie das Bildungs- und Teilhabepaket und der künftige Sozialpass müssen aktiv beworben werden.

- selbstorganisierte Wohnprojekte für Senior*innen unterstützen. Diese können nicht nur Vereinsamung und Altersarmut entgegenwirken, sondern auch zu einer besseren Nutzung von Wohnraum beitragen.

- Eine Förderung von Initiativen generationenübergreifender Wohnformen, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, um die Interessen wohnungssuchender jüngerer Menschen und die Versorgungsbedürfnisse älterer Menschen zu verbinden.

- den Beirat für Senior*innen stärken. Damit dieser die Interessen der Bamberger Senior*innen in ihrer Vielfalt vertreten kann, muss die Möglichkeit der Mitarbeit darin verstärkt beworben werden

- Beratung und Unterstützung für die häusliche Pflege und für pflegende Angehörige ausbauen.

IX. Interkulturelles Zusammenleben auf Augenhöhe

Ein demokratisches Bamberg lebt von gegenseitigem Respekt. Hass, Hetze und Diskriminierung haben hier keinen Platz. Wir unterstützen all jene, die sich gegen Rassismus, antimuslimischen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausgrenzung einsetzen, und fördern den Austausch zwischen Vereinen, Initiativen und städtischen Akteur*innen. So stärken wir das Miteinander in einer Stadt, die Sicherheit für alle marginalisierten Gruppen garantiert.

Ein Viertel der Bevölkerung in Bamberg sind Menschen mit Migrationshintergrund, die sowohl vor Kurzem hierher fliehen mussten als auch bereits seit mehreren Generationen in diesem Land leben. Sie bereichern unsere Gesellschaft, unser Stadtbild, unsere Kultur und unsere Wirtschaft. Migrantisierte Menschen sind spezifischen Diskriminierungsformen in der Gesellschaft ausgesetzt, beispielsweise durch Hürden etwa bei Behördengängen oder der Wohnungssuche. Dem wollen wir entschieden entgegenwirken und diese Menschen stärken.

Wir wollen ein Bamberg, das Menschenwürde, Demokratie und Gleichbehandlung aktiv lebt. Die aktuelle Unterbringungssituation von Asylsuchenden zeigt, dass wir noch weit von diesen Zielen entfernt sind. Isolation und fehlende Integrationschancen führen zu Belastungen, die einer offenen Stadtgesellschaft widersprechen. Daher setzen wir auf Strukturen, die den Menschen ein eigenständiges Leben ermöglichen und sie in die Gemeinschaft einbinden. Zentral ist dabei, dass die Stadt Verantwortung übernimmt, Transparenz schafft und soziale Infrastruktur wie Bildung, Gesundheit und Sicherheit für alle gleichermaßen gewährleistet. Auch bei der zukünftigen Nutzung der frei werdenden Flächen nach der Schließung des Ankerzentrums muss die Stadtentwicklung auf bezahlbaren und durchmischten Wohnraum setzen.

Ein modernes, antifaschistisches Bamberg braucht zudem eine lebendige Erinnerungskultur, die Geschichte nicht verklärt, sondern kritisch aufarbeitet. Erinnerung bedeutet für uns, aus der Vergangenheit zu lernen und Verantwortung für die Gegenwart zu übernehmen. Wir wollen an Menschen erinnern, die unsere Gesellschaft vorangebracht haben und gleichzeitig uns kritisch mit problematischen historischen Personen auseinandersetzen. Dazu gehört auch, die Diskussion um Stauffenberg offen zu führen, Namensgebungen kritisch zu prüfen und Nationalsozialisten wie Bayerlein nicht weiter zu ehren. Wir wollen Bürger*innen aktiv an der Neugestaltung von Namen und Erinnerungsorten einbeziehen – etwa beim Lagarde-Areal, das nach einer Schlacht im Ersten Weltkrieg benannt ist.
Auch die Aufarbeitung der Hexenverfolgung in Bamberg ist Teil dieser Verantwortung und soll im öffentlichen Raum sichtbar werden. Gleichzeitig fehlt es weiterhin an Bildung zur deutschen Kolonialzeit im gesamten Land. Spezifisch müssen in Bamberg auch die Tätigkeiten und Zusammenhänge zu kolonialisierten Gebieten in der Welt aufgearbeitet und erinnert werden. Erinnerungskultur darf dabei nicht auf Symbolpolitik hinauslaufen, sondern muss in konkrete Handlung und Haltung übersetzt werden und alle aufzuklärenden Bereiche abdecken.

Deshalb wollen wir:

Keinen Hass und Diskriminierung in Bamberg:

- die Vergabe von städtischen Räumen für Gruppen, die zu den Themen (De-)Kolonialismus und Antirassismus arbeiten, fördern und unterstützen.
- Proteste und Kämpfe unterstützen, bei denen die Ursachen des Rassismus intersektional bekämpft werden. Denn wir sehen die Repression und Polizeigewalt, die bei Demonstrationen zur (de-)kolonialen und antirassistischen Aufarbeitung von aktuellen wie historischen Themen, die in der deutschen Gesellschaft existieren, als verurteilenswert.
- die Förderung von Initiativen und Vereinen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen.
- verpflichtende antidiskriminative Schulungen und Sensibilisierung städtischer Angestellten
- konsequentes Ernstnehmen und Vorgehen gegen Falschinformation und Hassrede
- eine gut finanzierte und mit Betroffenen erarbeitete Kampagne gegen Vorurteile und jegliche Varianten von Rassismus
- eine bessere Zusammenarbeit zwischen entsprechenden Vereinen und Akteur*innen
- keine Symbolpolitik. Maßnahmen sollen helfen und nicht Politiker*innen zur Selbstdarstellung dienen.

Eine antifaschistische Stadt und kritische Aufarbeitung der Geschichte:

- eine lebendige Erinnerungskultur mit Gedenktafeln, Geschichtsprojekten und andere Formen der Erinnerung.
- keine Ehrung von Faschist*innen und Rassist*innen.
- die Ehrung von Persönlichkeiten, die unsere Gesellschaft vorangebracht haben.
- eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der Personalie Stauffenberg.

- die Umbenennung des Fritz-Bayerlein-Wegs.
- einen Bürger*innenwettbewerb zur Umbenennung des Lagarde-Areals.
- eine kritische Aufarbeitung der Hexenverfolgung in Bamberg und die Sichtbarmachung dieser im öffentlichen Raum.
- explizite Aufklärungsarbeit bezüglich der deutschen Kolonialzeit. Insbesondere die historische Verbindung Bambergs in dieser Zeit ist weithin unbekannt und wird ignoriert. Das muss sich ändern.

Menschenwürdige Unterbringung, statt Ankerzentrum:

- klare, transparente Regeln für die Nutzung von Außenflächen. Momentan gelten für manche Betriebe unterschiedliche Sperrzeiten ohne nachvollziehbare Begründung. Wir wollen feste und faire Zeiten, die für alle gelten.
- dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden
- die Abschaffung der menschenverachtenden Bezahlkarte
- die Überführung des Ankerzentrum-Geländes in städtisches Eigentum, wobei wir auch Modelle wie gemeinschaftliche Genossenschaften prüfen.
- die Gewährleistung medizinischer Versorgung, von Kita-Plätzen, Schulplätzen, Sprachkursen und Sicherheit - für alle in Bamberg
- transparenter Prozesse und Nachvollziehbarkeit für den Stadtrat
- die Schaffung von bezahlbarem und durchmischten Wohnraum auf dem Gelände.

X. Feminismus & Queer

Bamberg lebt von verschiedensten feministischen und queeren Gruppen, die sich tagtäglich ehrenamtlich für die Rechte und den Schutz von marginalisierten Gruppen einsetzen. Trotz des vielfältigen Engagements bleibt viel zu tun. Bamberg ist bunt ist nur dann glaubhaft, wenn sich Diversität geschützt entfalten kann. Wir fördern die Gleichberechtigung von Frauen, Männern und queeren/nicht-binären sowie trans* Personengruppen. Gleiche Rechte, Schutz und Sichtbarkeit, insbesondere von mehrfach-diskriminierten Personen ist uns wichtig.

Queer ist ein Sammelbegriff für Menschen, deren geschlechtliche, sexuelle und/oder romantische Identität nicht den klassischen Vorstellungen entspricht. Dazu gehören unter anderem (aber nicht nur) lesbische, schwule, bisexuelle, trans, inter, aromantische und asexuelle Personen. Queere Menschen erleben auch heute noch Ausgrenzung und Diskriminierung in vielen Aspekten des Lebens wie zum Beispiel in der Schule, am Arbeitsplatz, in der medizinischen Versorgung oder auf der Wohnungssuche.

Wir verstehen Bamberg als eine offene Stadt, die für alle lebenswert und sicher sein soll. Darum setzen wir uns für gleiche Rechte, Schutz und Sichtbarkeit von queeren Menschen ein.

Knappe Kassen und der Einfluss rechter Gesinnung dürfen keinesfalls dazu führen, das Engagement finanziell auszuhungern oder gar ganz zu gefährden. Vielmehr geht es darum, die Versorgung sicherzustellen und bedarfsgerecht zu erweitern.

Deshalb wollen wir:

Diskriminierungen bekämpfen:

- die Antidiskriminierungsstelle in Bamberg dringend erhalten und unbedingt weiter ausbauen. Sie soll unabhängig arbeiten und durch die Stadt selbst betrieben werden.
- uns für monatlich bis zu drei freie Tage für Menstruierende einsetzen, die in städtischen Betrieben arbeiten.
- einen diskriminierungsfreien Zugang zu Beratung für Schwangerschaftsabbrüche für alle ermöglichen und Beratungsstellen wie Pro Familia fördern. Weder bei Pro Familia noch bei anderen Frauen-/Gleichstellungsprojekten, die für Geschlechtergerechtigkeit in Bamberg arbeiten, darf es Etatkürzungen geben.
- Netzwerke zur Unterstützung und Beratung von alleinerziehenden Müttern bei der Arbeitssuche, Kinderbetreuung, Wohnungsbeschaffung und Versorgung in Notfällen erhalten und ausbauen.
- dass die Entscheidung für ein Kind nicht zur Armutsfalle werden darf.
- eine flächendeckende Versorgung mit kostenfreien, öffentlichen WCs. Diese müssen für alle zugänglich und benutzbar, also auch unisex/geschlechtsneutral und barrierefrei sein. Sie sollen sauber und gepflegt sein, über Wickelmöglichkeiten verfügen und lange geöffnet sein. Auf allen öffentlichen Toiletten sollen kostenlose Hygieneprodukte ausliegen.

Vor Gewalt schützen:

- die finanzielle Förderung von Frauenhäusern und Opferschutzeinrichtungen sowie unabhängiger Beratungseinrichtungen auch für minderjährige Opfer von sexualisierter Gewalt unterstützen und ausweiten.
- von Gewalt betroffene Frauen, gerade Frauen mit Kindern, bei der Anschlussunterbringung, nach der Zeit im Frauenhaus, unterstützen.
- unsere Partei Die Linke bei der Umsetzung des Gewalthilfegetzes einbeziehen und die Umsetzung der Istanbul Konvention beachten und dokumentieren.
- sowohl ausreichend öffentliche Mittel für queere Hilfsangebote und Beratungsstellen in der Stadt Bamberg und bezahlbare, dauerhafte Räume für queere Kultur und Community schaffen, als auch explizit queere Suizid-Hotlines finanziell absichern.
- den sozialpsychiatrischen Dienst OASE stärker finanziell und durch Öffentlichkeitsarbeit fördern, um psychisch erkrankte Menschen besser vor systemischer Gewalt zu schützen.
- Queere Aktivist*innen und queere Geflüchtete stärken und effektiv gegen Gewalt schützen. Hierbei setzen wir uns ebenfalls für eine bessere Einsatzführung der Polizei bei Demonstrationen ein. Wir fordern einen verbesserten Schutz von Demonstrationen, insbesondere von marginalisierten sowie feministischen Gruppen.
- den CSD Verein Bamberg solidarisch unterstützen, um weiterhin einen unkommerziellen, politisch unabhängigen CSD mit einem vielfältigen Kultur- und Rahmenprogramm zu ermöglichen.

Aufklärung und Fortschritt fördern:

- Bildungsangebote und Aufklärung zu struktureller Queerfeindlichkeit und Sexismus bei Behörden, öffentlichen Dienstleistern, Einrichtungen und Schulen erweitern.
- zusammen mit der queeren Community einen queeren Aktionsplan entwickeln. Dieser Aktionsplan enthält konkrete Aufgaben und Maßnahmen, um das Leben in Bamberg für queere Menschen zu verbessern. So sichern wir die Umsetzung und machen Fortschritte messbar.
- in Kooperation mit der Bamberger Gastronomie auf niedrigschwellige Art durch besseres Bewerben von Safe Words und Handzeichen Gewalt zurückdrängen.
- eine gemeinsame Initiative mit der städtischen Gastronomie und lokalen Suchtberatungs- und Präventionsstellen gegen Alkoholmissbrauch.

XI. Inklusion

Menschen sind vielfältig und unterschiedlich. Genauso können es auch ihre Einschränkungen und Behinderung sein, weshalb es keine pauschalen Lösungen für Barrierefreiheit gibt. Was einer Person hilft, kann einer anderen schaden.

Wir fordern daher, der UN-Behindertenrechtskonvention folgend, eine möglichst barrierearme Gestaltung des öffentlichen Raums, um ihn für alle Menschen nutzbar zu machen.

Dazu gehören neben Mobilitätseingeschränkten, auch Menschen mit einer Seh- oder Hörbehinderung oder neurodivergente Menschen. Aber auch Menschen ohne Einschränkung oder Behinderung profitieren von einer barrierearmen Stadt.

Deshalb wollen wir:

- das Ersetzen oder Abschleifen von Kopfsteinpflaster oder den konsequenten Einbau von Bodenleitsystemen
- Die zügige Fertigstellung barrierefreier Bushaltestellen
- die Ausstattung von allen Ampeln mit einem deutlich hörbaren Audiosignal.
- als Stadt Druck auf die Deutsche Bahn machen, damit endlich alle Gleise zu jeder Zeit für mobilitätseingeschränkte Menschen zugänglich sind und die Aufzüge am Bamberger Bahnhof langfristig funktionabel repariert werden.
- Selbstständige und selbstbestimmte Nutzungsmöglichkeiten von Bushaltestellen und Bussen
- Beschilderung für Zugänge/Eingänge/Wege für Menschen im Rollstuhl.
- mit selbstorganisierten Behindertenvertretungen – wie dem Behindertenbeirat – zusammenarbeiten, nicht nur mit den Leitungen von Einrichtungen oder Werkstätten. Nur so erfahren wir, was Menschen wirklich brauchen, um selbstbestimmt leben zu können.
- Wohnprojekte in allen Stadtteilen, die Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Kultur, Begegnung und Austausch ermöglichen, sodass behinderte Menschen im Sinne der Inklusion und Deinstitutionalisierung selbstbestimmt in eigenen und bezahlbaren Wohnungen leben und am Leben teilhaben können.
- eine konsequente Nutzung von Luftfiltern in städtischen Innenräumen, um immunsupprimierte Menschen nicht auszuschließen und sichere Behördengänge und Teilnahme an städtischen Veranstaltungen zu ermöglichen.

XII. Gastronomie

Eine ausgewogene Ernährung fördert die Gesundheit und macht glücklich. Gerade in der selbsternannten „Genussregion“ Oberfranken können wir mehr Lebensqualität in den Alltag der Bamberger*innen bringen. Das betrifft vor allem Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Schulen, KiTas, die Stadt als Arbeitgeberin und weitere große Kantinen.

Die Gastronomie in Bamberg kämpft mit immer neuen Einschränkungen. Außenbereiche müssen früher schließen oder werden ganz zugemacht. Dadurch verlieren viele Betriebe Einnahmen im mehrstelligen Bereich. Gleichzeitig dürfen sie drinnen oft nicht einmal lüften, weil Fenster wegen der Lautstärke geschlossen bleiben müssen. Von diesen Regelungen sind viele Lokale und Kneipen betroffen.

Die Bamberger Gastronomie ist ein*e wichtige*r Arbeitgeber*in – besonders für Studierende. Viele arbeiten dort zu niedrigen Löhnen, ohne Vertrag und unter prekären Bedingungen. Manche werden überwacht oder gefilmt, sogar hinter der Theke. Sexismus bleibt in Teilen der Branche ein Problem.

Deshalb wollen wir:

Stolz unsere Gastronomie stärken:

- klare, transparente Regeln für die Nutzung von Außenflächen. Momentan gelten für manche Betriebe unterschiedliche Sperrzeiten ohne nachvollziehbare Begründung. Wir wollen feste und faire Zeiten, die für alle gelten.
- Gebiete in zentraler Stadtlage, die nicht von der Sperrstunde betroffen sind. Das ist wichtig für die Wirtschaften, Brauereien und den Tourismus.
- faire Bezahlung, sichere Arbeitsbedingungen und klare Regeln zum Schutz vor Diskriminierung.
- eine städtische Initiative gegen Sexismus und Diskriminierung in der Gastronomie, die auch Alkoholmissbrauch thematisiert.
- die enge Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). Gastro-Mitarbeiter*innen müssen vereinfachten Zugang bekommen, sich über die Betriebe hinweg zu vernetzen und rechtlichen Austausch untereinander zu haben.
- die Unterstützung von kleineren Märkten mit niedrigeren Standgebühren, insbesondere in der Weihnachtszeit. So bleibt regionale Produktion erhalten und die Gastronomie kann auf lokale Angebote zurückgreifen.
- Verbindungen zur Systemgastronomie und zu Küchen für Alle (KüFa). Beides kann helfen, nachhaltige und solidarische Ernährung in Bamberg zu fördern.
- Bezuschussungen und Genehmigungen für das Stadtmarketing an die Bedingung knüpfen, dort nur regionale Betriebe und Genussmittel anzubieten. Eine Gärtner- und Bierstadt wie Bamberg kann stolz auf ihre Produkte sein und sollte diese auch bewerben.
- gemeinsam mit der Gastronomie das Konzept „Nette Toilette“ in Bamberg umsetzen, wie es in mehr als 200 deutschen Städten und Gemeinden bereits etabliert wurde.

Gutes Essen für alle:

- eine kommunale Küche in Bamberg schaffen, die
    - täglich qualitativ hochwertige und vielfältige Gerichte zubereitet und an Großabnehmer*innen in der Stadt ausliefert. Allergiegerechte, religionssensible, laktosefreie, vegetarische und vegane Gerichte sollen jederzeit verfügbar sein
    - gemeinnützig mit ausgezeichneten Köch*innen arbeitet. Das führt zu verträglichen Preisen.
    - vielen jungen Menschen einen guten Ausbildungsplatz im öffentlichen Dienst anbietet.

XIII. Kunst & Kultur

Bamberg lebt durch die Kunst- und Kulturszene. Doch der bisherige Sparkurs bedroht die Bamberger Kulturinstitutionen und insbesondere die ohnehin oft unter prekären Bedingungen arbeitende Freie Szene. Wir stehen an der Seite der protestierenden Kulturschaffenden, die den drohenden kulturellen Kahlschlag nicht hinnehmen möchten.

Es ist unzumutbar, dass lokale Kulturschaffende häufig von ihrer Kunst nicht leben können, während für Prestigeprojekte und Großveranstaltungen viel Geld verpulvert wird.

Eine lebendige Stadt braucht eine aktive Kunstszene. Diese stand auch schon vor den Kürzungen vor Problemen: das Kulturleben wurde zunehmend kommerzialisiert und Freiräume gingen verloren. Kultur sollte für alle Menschen in Bamberg zugänglich sein – nicht nur für diejenigen, die es sich leisten können. Kunst zu erschaffen und zu genießen darf nicht den Wohlhabenden vorbehalten bleiben.

Deshalb wollen wir:

Raum für Kultur!:

- keine Stilllegung lebendiger Orte.
- kein Verdrängen der Kultur und wichtiger konsumfreier Treffpunkte
- kein Absagen von kulturellen Veranstaltungen - wie das Canalissimo -, die lediglich ein- bis zweimal im Jahr stattfinden. Die Lautstärke ist kein ausreichendes Argument für das Verdrängen der Kultur. Stattdessen soll es hierfür Ausnahmegenehmigungen geben.
- mehr Möglichkeiten für Kulturschaffende, an kommunal geförderten Projekten mitzuwirken. Gleichzeitig bedarf es an dieser Stelle Mindesthonorare.
- die vom Markt unabhängige Kultur der kommerziellen Kreativwirtschaft vorziehen und der Verdrängung der Subkultur entgegenwirken.
- flächendeckende Schaffung offener Mehrzweckräume: Für alle kostenfrei nutzbar. In dieses Konzept können auch bestehende Einrichtungen miteinbezogen werden, z.B. Büchereien oder die VHS.
- Stadtbüchereien fördern, Nutzungsgebühren reduzieren.
- die Reithalle (Lagarde) als Raum für die freie Kulturszene endlich umsetzen. Die bereits beschlossenen Konzepte für den Umbau und Betrieb begrüßen wir.
- weitere Freiflächen für Grafiti-Künstler*innen ermöglichen.
- das Kesselhaus als Kunst- und Kulturraum weiterentwickeln. Hier soll ein Haus für moderne Kunst mit Begegnungsraum entstehen.
- die von der Diakonie getragene KulturTafel stärker städtisch fördern und das Angebot ausbauen. Neben dem bisherigen Verfahren der Spende von ungenutzten Tickets sollen Kontingente bei Veranstaltungen für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen städtisch finanziert reserviert werden.
- aus dem ehemaliges Postzentrum ein Club- und Kulturhaus machen. Es liegt ohne direkte Nachbarschaft und eignet sich daher perfekt. Wir schlagen vor, es „Bamberghain“ zu nennen.

Treffpunkte schaffen:

- Treffpunkte ohne Konsumzwang schützen und schaffen. Diese öffentlichen Treffpunkte (“dritte Orte”) sind nur eingeschränkt für Menschen mit wenig Geld nutzbar. Nach dem Eklat der Bewirtung der Unteren Brücke und den diesbezüglichen Entscheidungen des Stadtrates fordern wir eine dauerhafte Etablierung der Unteren Brücke als dritten Ort - ohne Konsumzwang durch Bewirtung.
- Öffentliche Toiletten, abseits jener in der Tiefgarage, an der Konzerthalle, sodass der Spielplatz sowie die Verweilwiese an der Regnitz sorgenfreie Nutzung gewährleisten können.
- den Domplatz nach Vorbild des Wiener Museumsquartiers (MQ) zu einem offenen Begegnungsraum für alle machen.

Museale Bildung für alle:

- mehr Investitionen in die Museumslandschaft. Gute Bezahlung für gutes Personal, moderne Ausstattung, mehr und bessere Räumlichkeiten. Parallel dazu sollen die Ausstellungen thematisch diversifiziert werden, um bessere Bildungsarbeit zu bieten und mehr Menschen zu erreichen.
- den Zugang zu den Bamberger Museen für alle ermöglichen. Dazu ist ein barrierearmer Umbau der Räumlichkeiten und Ausstellungen sowie die Übersetzung der Ausstellungstexte in die am häufigsten in Bamberg gesprochenen Fremdsprachen notwendig.
- Perspektivisch alle Bamberger Museen kostenfrei zugänglich gestalten. In der Zwischenzeit setzen wir uns für eine kostengünstige Tageskarte sowie kostenlosen Eintritt für Kinder ein.
- bessere Archive zur fachgerechten Lagerung von Kunstgegenständen.

Nachhaltigen und sozialen Tourismus:

- die Koordinierung von Tourismusströmen. Durch mehr Anreize in der Gärtnerstadt etwa kann das Aufkommen in der Inselstadt und im Sandgebiet verringert und die Innenstadt entspannt werden. Die bereits etablierte Kooperation mit dem Landkreis werden wir ausbauen.

- die Klage gegen den Freistaat unterstützen, um eine Tourismusabgabe umsetzen zu können. Unser Vorschlag hierfür: 2% auf den Übernachtungspreis, jedoch mind. 2 Euro pro Nacht.

- das alkoholfreie Feiern fördern, um die Entwicklung hin zu sozial verträglichen Tourismus anzustreben. Die hohe Anzahl alkoholisierter Menschen sorgt für weniger Sicherheit in der Stadt. Wir wollen Bamberg zur sicheren Stadt für alle machen.

Sichere städtische Veranstaltungen:

- verpflichtende Awarenesskonzepte für auf städtischem Grund stattfindende Veranstaltungen einführen. Die Stadt ist hierbei angehalten, Strukturen für Awareness-Arbeit aufzubauen sowie ein Awareness-Team für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

- eine barrierearme Gestaltung städtischer Veranstaltung unter Berücksichtigung der Bedarfe neurodivergenter Menschen.

- bei städtischen Veranstaltungen zwingend die Verfügbarkeit von nichtalkoholischen Getränken sowie vegane und vegetarische Alternativen.

Sport für alle:

- die Evaluierung, ob eine weitere Badestelle mit Bademeister*innen und Schließfächern an der Buger Spitze (ehemaliger Hafen am Ludwigs-Main-Donau-Kanal) möglich ist. Diese könnte von den Stadtwerken betrieben werden, und dauerhaft kostenfrei sein.

- für alle unter 14 Jahren kostenfreier Zutritt zu städtischen Bädern. Langfristig soll dies auf alle erweitert werden.

- die zahlreichen Bamberger Sportvereine dabei unterstützen, ein breites Angebot für alle, von Kleinkindern bis Senior*innen, aufrechtzuerhalten und auszubauen. Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement in diesem Bereich leisten die Sportvereine einen unverzichtbaren Beitrag für Gesundheit, Lebensqualität und Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft. Dies bestmöglich zu fördern und allen den Zugang zu diesen Angeboten zu ermöglichen, sehen wir dabei als Aufgabe der Stadt. Deshalb werden wir die Nutzbarkeit öffentlicher Turnhallen und Schwimmbäder durch die Sportvereine verbessern. Öffentliche Sportanlagen wollen wir wo nötig ertüchtigen und notwendige neue Sportanlagen fördern.

XIV: Finanzen

Die Defizite der Kommunen haben 2024 einen historischen Höchststand erreicht. Das ist aber nur die Zuspitzung einer langen Entwicklung. Die Kommunen in Deutschland sind chronisch unterfinanziert und auf Zuschüsse und Fördermittel des Bundes, der Länder und der EU angewiesen. Diese Mittel sind meist an Regeln gebunden, die die Handlungsfähigkeit der Kommunen stark einschränken. Gleichzeitig werden ihnen, bei fehlendem finanziellem Ausgleich, immer mehr Aufgaben aufgebürdet. Es braucht eine grundlegende Veränderung der Finanzierung der Kommunen, da sie für den Großteil der Infrastrukturausgaben aufkommen müssen, aber beispielsweise von der Einkommenssteuer, die in ihrem Geltungsbereich eingenommen wird, nicht einmal ein Sechstel zur Verfügung haben.

Bamberg geht es jedoch, im Gegensatz zur immer wieder erzählten Geschichte von der angespannten Haushaltslage, relativ gut. Seit 2021 konnten die Rücklagen im Vermögenshaushalt von 70 Mio € auf 110 Mio € erhöht werden. Diese Mehreinnahmen kommen durch höhere Einnahmen bei den großen Steuern und Minderausgaben im Verwaltungshaushalt zustande. Das bedeutet, dass Bamberg auf Kosten der Bürger*innen, der sozialen Leistungen, des Umweltschutzes und der Kulturförderung sein Sparbuch gefüttert hat. Gleichzeitig werden wichtige Einrichtungen und Initiativen nur unzureichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet oder werden sogar gekürzt. Dem setzen wir eine gezielte Förderung für mehr Teilhabe, speziell weniger privilegierter Menschen, in Bamberg entgegen.

Gleichzeitig bedeuten viele Kürzungen heute Mehrausgaben künftig. Viele soziale Leistungen, die augenscheinlich erstmal kürzbare Kosten darstellen, sparen eigentlich der Stadt massiv Ausgaben ein. Jede Person, die regelmäßig oder dauerhaft krank wird, jedes Kind, das in eine Inobhutnahme kommt, jede obdachlose Person in der Notunterkunft, jeder Mensch, der in eine Sucht gerät, kostet der Stadt langfristig viel mehr, als wenn ihnen frühzeitig geholfen wird. Menschen zu helfen ist also nicht nur ethisch und moralisch das Richtige, sondern auch ökonomisch! In Menschen zu investieren heißt also auch Einsparung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bambergs zugleich. Wir handeln sozial und denken ökonomisch langfristig.

Die Stärkung von Programmen, die Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit fördern, um allen Bürgern Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen zu gewährleisten, ist für uns programmatisch und darf nicht austeritären Sparzwängen unterworfen werden. Mit Investitionen in nachhaltige Infrastrukturprojekte, die sowohl wirtschaftlichen Wohlstand als auch ökologische Nachhaltigkeit fördern.

Viele vergessen häufig, dass Marx Ökonom war und linke Politik immer auch Wirtschaftspolitik ist, aber eben keine ausbeuterische kapitalistische, sondern an den Bedürfnissen der Mehrheit ausgerichtete Politik. Ausgaben, die speziell darauf abzielen, benachteiligte Gruppen zu unterstützen und soziale Mobilität zu ermöglichen, stehen bei uns im Vordergrund.

Wir unterstützen die Initiative „Demokratischer Haushalt / Haushalt Für Alle“ in Bamberg und setzen uns für die Einführung von Budgets ein, die demokratisch von den Bürger*innen vergeben werden. Wir möchten in den engen Austausch mit der Bamberger Zivilgesellschaft treten, um dieses Modell umzusetzen

Deshalb wollen wir:

- die Erhöhung der Sozialausgaben!
- die Position des/der Kämmer*in der Stadt Bamberg öffentlich ausschreiben und neu besetzen.
- in den nächsten Jahren keine Prestigeprojekte fördern, sondern die Finanzmittel der Stadt konkret für die Bevölkerung einsetzen und Bamberg als Wirtschaftsstandort attraktiver gestalten.
- eine Zweitwohnsitzsteuer in Bamberg einführen.
- einen demokratischen Haushalt.
- eine landesweite kommunale Initiative, die sich gegenüber der Landesregierung für eine Verbesserung des Finanzausgleichs einsetzt.
- freiwillige soziale & präventive Leistungen stärken, um langfristig die Ausgaben zu senken.
- eine Tourismusabgabe, um die Einnahmen durch den Tourismus zu fördern. Trotz der neueren Gerichtsentscheidung werden wir uns weiterhin an der Seite Münchens dafür einsetzen, in Bayern den Kommunen die Möglichkeit zu geben, Tourismusabgaben einzuführen.
- sofern nötig eine moderate Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer.

XV. Demokratie beginnt in Bamberg

Die letzte Amtszeit des Stadtrats und des Oberbürgermeisters haben bewiesen, dass Korruptionsprävention und lückenlose Transparenz bereits auf kommunaler Ebene sehr wichtig sind. Transparenz ist auch Grundlage eines demokratischen Stadthaushalts. Bürger*innen müssen verstehen, wie Gelder verteilt und Beschlüsse umgesetzt werden.

Damit die Stadtgesellschaft wirklich für alle da ist, müssen alle sich beteiligen können - und das ohne Angst, wegen sprachlicher Barrieren, einem anderen Aussehen oder abweichenden politischen Meinungen ausgeschlossen oder diskriminiert zu werden. Bürger*innenversammlungen müssen ernst genommen und ihre Anliegen konstruktiv behandelt werden.

Mit dem Ende des Programms „Partnerschaft für Demokratie – Demokratie leben!“ fehlen jährlich rund 250.000 Euro für zivilgesellschaftliche Projekte. Demokratiearbeit ist jedoch keine freiwillige Aufgabe, sondern Pflicht. Wir werden die Förderung wieder aufbauen und gemeinsam mit Landkreis und Nachbarkommunen stabile Strukturen für demokratisches Engagement schaffen.

Bamberg soll ökologisch und zukunftsorientiert wachsen. Un- und mindergenutzte Konversionsflächen wollen wir zu Räumen für Ökologie, Freizeit und Begegnung gestalten – etwa durch Konzepte wie die Schwammstadt, die Wasser speichert und das Stadtklima verbessert. Fahrradfreundliche Wege, Carsharing, Mehrgenerationenhäuser und erneuerbare Energien sollen das Leben in Bamberg nachhaltiger und solidarischer machen.

Deshalb wollen wir:

Keine Chance für Korruption und Vetternwirtschaft:

- eine unabhängige Antikorruptionsstelle auf Bezirksebene, die keiner politischen Weisung unterliegt und bei Verdachtsfällen konsequent eingreifen kann, um Entscheidungen nachvollziehbar und gemeinwohlorientiert zu sichern:
    - mit hinreichend Personal ausgestattet, um die Stadtverwaltungen und ihre Tochtergesellschaften regelmäßig auf Korruption, Veruntreuung und unerklärliche Geldflüsse kontrollieren zu können.
    - eng mit den Aufsichtsräten zusammenarbeitend und gegebenenfalls Geldflüsse, die nicht erklärbar bzw. zu rechtfertigen sind, offenlegen können.
    - die als letzten Schritt als „Whistleblower“ an die Öffentlichkeit treten können, da die Stelle der Bevölkerung und keiner amtierenden Regierung gegenüber Verantwortung trägt.
- eine demokratische und gerechte Stadtverwaltung sowie einen Stadtrat, der an seinen Taten gemessen wird.
- standardmäßige namentliche Abstimmungen im Stadtrat, sodass jede*r Bürger*in transparent nachverfolgen kann, wie die Stadtratsmitglieder abgestimmt haben.
- die Archivierung und Veröffentlichung der gestreamten Stadtratssitzungen.
- eine zügige Digitalisierung, damit Bürger*innen viele Verwaltungsakte einfach von zuhause aus erledigen können.
- die Ausweitung und Stärkung von Bürger*innenbeteiligungen.
- ein detaillierteres Berichtswesen bezogen auf den Sozialbericht, Gleichstellungsbericht und weitere.

Konversion als Mitbestimmung definieren:

- ungenutzten Flächen als Räume für Ökologie, Kultur, Freizeit und Begegnung öffnen.
- das Schlachthofgelände:
    - zügig reinigen und umbauen. Zwischennutzungen für Kunstschaffende sollen evaluiert werden.
    - künftig zu einem Quartier mit günstigem Wohnraum und vielen Grünflächen umgestalten.
    - Bürger*innen aktiv an dem Gestaltungs- und Entscheidungsprozess beteiligen.
- für den Schießplatz ein Sportgelände oder eine Solarfarm.
- aus dem ehemaligen Postzentrum ein Club- und Kulturhaus machen. Es liegt ohne direkte Nachbarschaft und eignet sich daher perfekt. Wir schlagen vor, es „Bamberghain“ zu nennen.
- das Muna-Gelände für mehr Biodiversität aufbereiten und als natürliche Fläche zur Abkühlung dienen. So reagieren wir auf die zunehmende Erwärmung der Stadt. Gleichzeitig schaffen wir Erinnerungskultur indem Informationen zum historischen Kontext des Muna-Geländes an den bekannten Jogging- und Spazierwegen bereitgestellt werden. Damit verknüpfen wir Stadtentwicklung direkt mit unserem Programm gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Form von kritischer Aufarbeitung der deutschen Geschichte.
- den historischen Charakter der Konversionsflächen erhalten und die Geschichte aufbereiten. Spaziergänger*innen können Laufrouten mit Informationsangeboten nutzen und so kritische Stadtgeschichte lernen.

Starke Demokratieförderung und transparenten Stadthaushalt:

- die öffentliche Förderung für zivilgesellschaftliches Engagement für Mitbestimmung, Vielfalt und gegen Faschismus und Menschenfeindlichkeit wiederaufbauen.
- die Reaktivierung des Projekts Demokratie Leben in Kooperation mit dem Landkreis.
- vor dem Rathaus Flaggen zeigen, die für unsere Werte stehen – die städtische Flagge, die Progressive Pride Flag und eine Friedensflagge. Auf Nationalflaggen verzichten wir bewusst und setzen stattdessen auf universelle Symbole für Vielfalt, Frieden und Menschlichkeit.
- als internationale Stadt uns für Frieden und Verständigung einsetzen. Ein International Office soll Partnerschaften koordinieren und den Austausch zwischen Zivilgesellschaften fördern.
- auf Bundes- und Landesebene uns für ein Wahlrecht ab 16 Jahren bei der Kommunalwahl und weitere barrierefreie Mitsprachemöglichkeiten für alle einsetzen.
- Den Frieden und die Völkerverständigung durch entsprechende Kooperationen und Veranstaltungen fördern.
- transparente Informationen über den Prozess der Haushaltsaufstellung, sowie dessen Ergebnisse.
- eine Beteiligung von Bürger*innen an wichtigen Finanzentscheidungen – etwa durch ein Bürger*innen-Budget, über das gemeinsam entschieden wird.

Bürger*innenversammlungen und Beiräte ernst nehmen:

- Bürger*innenanträge von Versammlungen ernstnehmen und deren Umsetzung priorisieren.
- Antragssteller*innen eng in den Prozess einbinden.
- Jugendversammlungen verstetigen und deren Antragsrecht für den Stadtrat ausbauen.
- bestehende Beiräte – etwa den Migrations-, Senior*innen- und Jugendbeirat – stärken und unterstützen Initiativen wie Freund statt fremd e. V. und BAmigra, die für Vielfalt und Mitbestimmung stehen.

XVI. Die Linke Hilft!

Egal was kommt: Die Linke hilft! Alle Menschen der Region können sich an uns wenden, werden von uns gehört und nach Möglichkeit unterstützt. Wir sind keine Partei wie andere, die große Reden schwingen und in Amt und Würden nur sich selbst bereichern. Wir nutzen unsere ehrenamtliche Zeit und Geld, um schon heute das zu tun, was wir landesweit fördern wollen: Gegenseitige Hilfe und Unterstützung.

Die Linke Hilft ist mittlerweile ein bundesweites Projekt, das von uns ehrenamtlich aufgebaut wird. Zuerst hören wir uns die Probleme der Menschen an und versuchen sie an entsprechend professionelle Hilfsorganisationen zu vermitteln. Doch sofern auch diese Wege ins Leere laufen, stehen wir weiterhin bereit. Wir hören zu, beraten und begleiten. Ob bei finanziellen, persönlichen oder politischen Problemen. Wir legen uns für euch und mit euch mit der Verwaltung, Vermieter*innen, Vorgesetzten oder allgemein mit Ungerechtigkeit an.

Wir helfen bei:

- Problemen im Stadtteil.
- Ärger mit Ämtern.
- Heizkostenprüfung.
- Sorgen und Fragen im Alltag.
- Mietproblemen.
- Problemen mit Korruption.
- Ausfüllen von Anträgen.
- uvm.

Denn Solidarität ist kein Wahlkampfversprechen, sie ist unsere tägliche Praxis. Gemeinsam kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Die Linke Hilft!

Mach den ersten Schritt und danach gehst du nicht mehr alleine.

Die Linke
Kreisverband
Bamberg-Forchheim